

Einsatz gegen Christenverfolgung nur in eigener Sache? Warum der Einsatz für Religionsfreiheit zentrales Thema der Politik sein sollte

Vortrag am 25.6.2006 auf der Jahrestagung des EAK Dresden in der Kreuzkirche zum Gedenktag der Augsburgerischen Konfession am 25.6.1530

Thomas Schirmacher

Thomas Schirmacher promovierte in ökumenischer Theologie (Niederlande), in Kulturanthropologie (USA) und in Vergleichender Religionswissenschaft (Deutschland). Er ist als Ethiker Rektor des Martin Bucer Seminars und unter anderem apl. Professor für Religionssoziologie an der Staatlichen Universität Oradea (Rumänien). Er ist Direktor des neugegründeten Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (Bonn/Capetown/Singapur) der Weltweiten Evangelischen Allianz und Geschäftsführer des Arbeitskreises für Religionsfreiheit der Deutschen und Österreichischen Evangelischen Allianz.

1. Die Religionen sind zurück in der Politik

Die wunderschöne Dresdener Kirchen, deren Ausstrahlung wir gerade erleben dürfen, sind ein schönes Bild für die noch vor 20 Jahren für undenkbar gehaltene Rückkehr der Religion auf die öffentliche Bühne.

Denn die 3,3 Mill. Bürger im Gebiet der ehemaligen DDR wohnen, die sich bei Umfragen noch als ‚echte‘ Atheisten bezeichnen, stellen heutzutage eine Besonderheit dar. Sie machen nämlich etwa 2,5% der ‚echten‘ Atheisten international aus, deren Gesamtzahl weltweit nur noch rückläufige 147 Mill geschätzt wird, also etwas mehr als 1,5% der Weltbevölkerung.

Vielleicht macht keine andere Zahl deutlich, wie sehr sich unsere Welt in den letzten 15 Jahren verändert hat, und warum es vielen Menschen in Deutschland immer noch schwer fällt, zu sehen, welche zentrale Rolle im Guten wie im Schlechten die Religionen wieder für die Zukunft der Welt spielen und daß deswegen die Frage, ob es gelingt, die weltweit zunehmende Einschränkung der Religionsfreiheit aufzuhalten und die vorhandene Religionsfreiheit weltweit zu festigen, sehr viel mit unserer politischen Zukunft zu tun hat. Wenn der Verteidigungsminister sagte, daß die Freiheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt würde, so gilt dies erst recht für den weltweiten Einsatz für Religionsfreiheit.

Als ich in die Schule ging, schien die Welt von Tag zu Tag säkularer und atheistischer zu werden. Neben dem großen kommunistischen Block einschließlich Ländern wie China und der Sowjetunion und der säkularisierten westlichen Welt mußten sich viele Länder der Dritten Welt zwischen den beiden nichtreligiösen Blöcken entscheiden oder suchten als blockfreie Länder eine politisch säkulare Zukunft. Für viele hatte Religion mit Politik nichts mehr zu tun, für die einen war es eine Art Folklore wie das Oktoberfest, die im privaten Bereich sehr vorteilhaft sein konnte, für die anderen eine geistige Verwirrung.

Wie anders heute: Die atheistisch-kommunistische Welt ist auf kleine Länder wie Nordkorea geschrumpft, in China wachsen die Religionen enorm, das bestimmende Land des Westens, die USA, erlebt eine Wiederbelebung von Christentum und Islam wie nie zuvor, die gesamte islamische Welt ist religiös am Erwachen, selbst die Türkei wird wieder von islamischen Parteien regiert und Länder wie Indien und Indonesien versuchen verzweifelt ihren religionsneutralen Status gegen politische Nationalisten aus Hinduismus und Islam zu verteidigen. Politische, ja kriegerische Auseinandersetzungen mit einem verdeckten oder offenen religiösen Anteil sind längst wieder an der Tagesordnung. In religiös zerrissenen Ländern wie Sri Lanka, Sudan, Nigeria, Timor, Israel/Palästina, Philippinen und Indonesien gehören bürgerkriegsähnliche Zustände zur Tagesordnung.

Grund genug, sich daran zu erinnern, daß der Gedanke der Menschenrechte und der Religionsfreiheit nicht in einer religionslosen Welt oder Welt der religiösen Harmonie geboren wurde, sondern in einer Zeit der Religionskriege und ihrer Nachwehen.

2. 1789: der doppelte Start in die Religionsfreiheit

Die Religionsfreiheit sowohl im Sinne, daß der Staat nicht gegen bestimmte Religionen vorgeht, als auch, daß Religionen sich im selben Staat gegenseitig friedlich leben lassen, ist eine Voraussetzung für viele andere Menschenrechte.

Die Religionsfreiheit, die dem größten Teil der Weltgeschichte unbekannt war, hat in der westlichen Welt einen mühsamen Weg hinter sich. Ein erster Schritt war der Beschluß des Reichstags von Speyer von 1526, der immerhin zwei (christliche) Religionen nebeneinander duldete. Der Augsburger Religionsfrieden von 1555 baute dies weiter aus und wurde allmählich auf eine dritte christliche Konfession, die Reformierten, ausgedehnt. Doch es folgten Religionskriege, in Mitteleuropa ebenso wie innerhalb von Frankreich, England und den Niederlanden. Nach unsäglichen Opfern kehrte Europa mit dem Westfälischen Frieden zum Augsburger Religionsfrieden zurück. 100 Jahre waren nutzlos und grausam vertan. Aber immerhin hatte Europa genug von religiös motivierten oder verbrämten Kriegen. Zudem sorgte die Kleinstaateri und Wanderungen dafür, daß immer mehr Menschen im ‚falschen‘ Gebiet lebten. Die Preußen dehnten erstmals die Religionsfreiheit über die im Westfälischen Frieden genannten christlichen Konfessionen auf die Arminianer und andere hinaus aus. Zentrale Schritte waren das Tolerant-Patent Joseph II. in Österreich 1781 mit ersten Freiheiten für Juden, das Allgemeine Landrecht in Preußen von 1794. Allmählich wurden mit den Juden erstmals eine nichtchristliche Religion einbezogen. Doch generelle Religionsfreiheit gibt es in Deutschland rechtlich erst mit der Weimarer Verfassung von 1919 und tatsächlich umfänglich erst seit dem Grundgesetz von 1949, da die Paulskirchenverfassung von 1848 mit ihrem Recht auf Religionsfreiheit nie in Kraft trat. Doch zurück ins 18. Jahrhundert.

1789 wurde in zwei zentralen Verfassungsdokumenten in Frankreich und in den USA die Religionsfreiheit verankert, die die völlig gegensätzliche Vorgeschichte der Religionsfreiheit deutlich macht. Denn die moderne Religionsfreiheit, wie wir sie heute kennen, ist im letzten Vierteljahrtausend in der christlichen Welt auf zwei völlig unterschiedlichen Wegen erstritten worden, die beide zur Trennung von Kirche und Staat führten, wenn auch auf sehr unterschiedlichem Weg, wie das laizistische Frankreich heute im Gegensatz zu den religionsfreundlichen Ländern Deutschland oder USA bis heute zeigen.

Zum einen ist die Religionsfreiheit gegen die Kirchen erstritten worden. Ich denke da vor allen Dingen an die französische Revolution. Der Zwang, der anderen nicht ihre Freiheit ließ, ging unter anderem von der christlichen Kirche aus oder wurde von ihr gestützt. Was man unter anderem erstreiten wollte, und was man zumindest theoretisch auch erstritten hat, war die Befreiung von solcher Religion, die einen zwingt, eine bestimmte Religion zu haben. Oft hat man aber religionskritisch dabei Religion ganz abgelehnt, was dann leicht dazu geführt hat, daß andere Größen wie der Nationalismus zum Religionsersatz wurden. Daß das in der Praxis dazu geführt hat, daß man dann manch andere Zwänge bekam, die nur nicht offiziell als Religion galten, steht auf einem anderen Blatt. Die französische Revolution hat ja nicht unbedingt dazu geführt, daß die Sicherheit des Einzelnen vor Repressalien größer war als vorher. Doch für die Frage, worum es bei Religionsfreiheit geht, ist hier eine - wie soll ich es ausdrücken? - ‚atheistische‘ oder ‚religionskritische‘ Religionsfreiheit gegen die Kirche erstritten worden. Die französische Revolution hat die Religionsfreiheit durch Zurückdrängen der Religion zugunsten eines sehr mächtigen, durchgreifenden Staat geschaffen.

Ziemlich zeitgleich gab es aber auch eine völlig andere Entwicklung in den USA (und später dann auch in Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz). In den USA wurde die Religionsfreiheit nicht gegen Kirchen oder Christen durchgesetzt, sondern von Christen. Hier wollten Christen aller möglichen Kirchen, Splittergruppen und Sekten in Freiheit leben,

die man ihnen in Europa nicht zugestand, frei vom staatlichen Zwang und frei vom Zugriff anderer religiöser Gruppen. Diese Freiheit galt in der Verfassung von Rhode Island 1636 bereits auch für Atheisten, was auch zeigt, daß die amerikanische Entwicklung viel früher einsetzte, als die französische.

Während es in den USA christliche Theologen und Politiker waren, die die Religionsfreiheit forderten und umsetzten, brauchte die Katholische Kirche in Europa - geprägt von der Auseinandersetzung mit den zunehmend säkularisierten Staaten Europas - zumindest offiziell bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965), bis sie überhaupt die Religionsfreiheit als richtig anerkannte. Bis dahin war zumindest im katholischen Bereich die Standardlehre, wie sie die Päpste über Jahrzehnte und Jahrhunderte vertreten hatten, daß es ein Ziel der Kirche sei, daß möglichst viele Menschen in einem Staat der einen richtigen Religion auch bürgerlich angehören. Eine wesentliche Aufgabe des Staates sei, dafür zu sorgen, daß diese eine Kirche im Staat auch gesetzlich, ethisch und moralisch das letzte Wort hat. Die Protestanten schon früher wechselten Kirche für Kirche die Seiten. Aber es ist heute keine Frage, daß sich die Sicht der amerikanischen Christen des 18. Jh. längst in allen Kirchen weltweit durchgesetzt hat.

Sicher haben die Allianz-Evangelikalen eine etwas bessere Bilanz vorzuweisen, da der Gedanke der Evangelischen Allianz von Anfang an auch mit dem Gedanken der Religionsfreiheit verbunden waren. Die Evangelikalen in Deutschland sind ja geschichtlich auch abhängig von den konservativen Christen in den USA und die waren immer schon für Religionsfreiheit. Die Allianz hat sich schon bei ihrer Gründung in London Mitte des 19. Jh. für Religionsfreiheit eingesetzt. Etliche nationale Allianzen sind selbst aus dem Wunsch nach Religionsfreiheit heraus entstanden: Vorwiegend freikirchliche Christen oder Christen aus kleineren Kirchen taten sich zusammen, um sich das Recht zu erstreiten, existieren zu dürfen. Frühzeitig haben sich in England anglikanische Priester, in Deutschland konservative Pfarrer aus den Landeskirchen mit eingebracht und das Thema Religionsfreiheit stand auf jeder größeren Konferenz auf der Tagesordnung. Man ist im 19. Jahrhundert beim türkischen Sultan gewesen, um sich für orthodoxe Christen einzusetzen. Man hat sich Ende des 19. Jahrhunderts seitens der Evangelischen Allianz international für den Schutz der Zeugen Jehovas eingesetzt. Das wäre selbst heute noch gelegentlich mit Schwierigkeiten verbunden, aber Religionsfreiheit ist eben unteilbar. Die Allianz wollte ja gerade nicht, daß Baptisten nur für Baptisten, Lutheraner nur für Lutheraner und Juden nur für Juden eintreten, sondern die Religionsfreiheit für alle. Das Problem der Allianz-Evangelikalen war eher ihre starke Zurückhaltung in gesellschaftlich-politischen Fragen, die erst in den letzten Jahren und Jahrzehnten aufgehoben wurde.

In beiden Fragen haben Christen in der Geschichte auf beiden Seiten gestanden. Es hat einerseits Christen gegeben die, solange der Staat auf ihrer Seite stand, gegen die Religionsfreiheit waren und das scheinbar biblisch begründet haben. Das Alte Testament bot dafür manche Möglichkeiten. Andererseits gab es zunehmend Christen, Theologen und Kirchen, vorzugsweise aus unterdrückten Kirchen, die darauf verwiesen haben, daß der biblische Glaube ein Glaube ist, der sich mit Zwang überhaupt nicht verträgt, den man nicht erzwingen oder erkaufen kann, sondern der eine völlig freiwillige Entscheidung ist.

Deswegen ist alleine schon aus dem Missionsgedanken heraus jeder Versuch, mit Hilfe von staatlicher Gewalt oder wirtschaftlichen Faktoren Christen zu machen oder Nichtchristsein zu bestrafen, zu verurteilen. Diese Sicht hat sich inzwischen unter Christen weltweit durchgesetzt. Und sie ist, so merkwürdig das anmuten mag, maßgeblich durch die internationale ökumenische und evangelikale Missionsbewegung gefördert und verbreitet worden.

Bei der ganzen Menschenrechtsfrage und ihrem heute zu besprechenden Spezialfall, der Religionsfreiheit, wirkt die zwiespältige christliche Vorgeschichte bis heute nach. Auf der einen Seite steht die Tatsache, daß sich christliche Kirchen mit dem Gedanken der Religionsfreiheit sehr schwer getan haben und er oft gegen ihren Einfluß durchgesetzt wurde. Das macht sich auch etwa in der Kolonialgeschichte bemerkbar.

Auf der einen Seite können wir sagen: Das ganze Menschenrechtskonzept und die Frage der Religionsfreiheit sind aus christlichen Wurzeln erwachsen und ein Produkt des christlichen Abendlandes. Das ist historisch überhaupt keine Frage. Die theologischen Gründe dafür sind folgende:

1. Die Trennung von Kirche und Staat und die Unterordnung aller unter ein Gesetz als höchster, für alle verbindlicher Verfassung, begann im Alten Testament, ist bei Jesus selbstverständlich und setzte sich in einem sicher mühsamen Prozess überall im christlichen Bereich durch, während er in anderen Kultur- und Religionskreisen bis heute teilweise schwer durchzusetzen ist.

Religionsfreiheit ist geschichtlich gesehen ein Abwehrrecht gegen die Religionen selbst. Religionsfreiheit ist aber ebenso geschichtlich gesehen ein Abwehrrecht gegen den Staat. Da früher Kirche und Staat gemeinsam die Religion des Bürgers bestimmten, konnte Religionsfreiheit des Einzelnen nur in der Trennung beider liegen. Eine wirkliche Trennung beider wurde in Deutschland jedoch erst 1945/1949 vollzogen, sonst hätte Hitler vorher kein Kirchenministerium haben können.

2. Der Menschenrechtsgedanke und der Gedanke der Religionsfreiheit ist für Christen theologisch darin begründet, daß der Mensch Schöpfung und Ebenbild Gottes ist. Damit gilt er aber eben nicht nur für die Anhänger der eigenen Religion, sondern ausdrücklich für alle Menschen. Daß das nicht selbstverständlich ist, zeigt der Vergleich zum Islam. Artikel 24 der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1990 formuliert etwa: „Alle Rechte und Freiheiten, die in dieser Erklärung genannt wurden, unterstehen der islamischen Sharî'a“ und Artikel 25 ergänzt: „Die islamische Sharî'a ist die einzige zuständige Quelle für die Auslegung oder Erklärung jedes einzelnen Artikels dieser Erklärung“. Hier gelten die Menschenrechte also eigentlich nur dort, wo man sich der islamischen Scharia unterstellt.

3. Einsatz gegen Christenverfolgung als Einsatz für die Freiheit aller Religionen

Wenigstens Dreiviertel aller Verletzungen von Religionsfreiheit weltweit betreffen Christen. Wenn es an die Ermordung von Menschen wegen ihrer Religionszugehörigkeit geht, dürfte der Prozentsatz sogar weit über 90% liegen. Dabei wächst das Problem. Als der Bundestag 1999 in einer aktuellen Stunde auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion über das Thema Christenverfolgung diskutierte, sagte die damalige Bundesregierung, es stimme nicht, daß die Christenverfolgung zunehme, sie sei vielmehr gleichbleibend, außer in Indien und Indonesien. Das ist sogar grundsätzlich richtig, nur daß Indien und Indonesien leider zusammen ein Viertel der Weltbevölkerung ausmachen und dort vor 20 Jahren praktisch nie Christen aus Religionsgründen getötet wurden, was dort heute an der Tagesordnung ist. Wenn die Christenverfolgung in $\frac{3}{4}$ der Erde gleichbleibt und in $\frac{1}{4}$ der Erde neu hinzukommt, nimmt sie eben zu.

Christenverfolgung ist nicht nur ein Thema für Christen, die sich gemäß ihrer zentralen Glaubensurkunde mit leidenden Glaubensgenossen solidarisieren soll („Wenn ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit“, 1Kor 12,26), sondern aller, die sich für Religionsfreiheit einsetzen wollen. Denn immer dort, wo derzeit mehr Religionsfreiheit für Christen erstritten wird, nützt sie allen Religionen und allen Menschen.

Im Windschatten des Einsatzes für verfolgte Christen im Iran und für Konvertiten, die in Deutschland Asyl suchen, setzt man sich auch für die Religionsfreiheit der grausam verfolgten Bahai in Iran ein, die weltweit viel weniger bekannt ist und kaum eine Lobby haben. Wer Indien und Indonesien hilft, säkulare Staaten zu bleiben und dem Druck der religiösen Nationalisten nicht nachzugeben, setzt sich damit für alle Anhänger aller Religionen ein. Nur verfügen die Christen für beide Länder sowohl im Land als auch international über die beste Infrastruktur, um die Menschenrechtssituation in diesen Ländern bekannt zu machen.

Oft nützt der Einsatz für die Menschenrechte für Christen sogar Angehörigen der herrschenden Mehrheitsreligion eines Landes unmittelbar. Der Einsatz für Konvertiten vom Islam zum Christentum in Afghanistan lenkt die weltweite Aufmerksamkeit auch auf das Los

vieler Buddhisten und Muslime in diesem Land. Nur der Einsatz für das schlechte Los der philippinischen Katholiken in Saudi Arabien lenkt auch den Blick auf das Leid der philippinischen Muslime in Saudi Arabien. In Saudi Arabien verfolgt ja die Religionspolizei auch Anhänger anderer islamischer Rechtsschulen, etwa, weil sie zur falschen Zeit beten. Wenn Sie in Saudi-Arabien versuchen, einmal zu den falschen Gebetszeiten zu beten, finden Sie sich genauso schnell im Gefängnis wieder, wie wenn Sie irgendwo ein Kreuz aufhängen. Der sunnitische Islam kennt vier verschiedene Rechtsschulen und die haben vier verschiedene Fassungen der Gebetszeiten. In Saudi-Arabien darf man nur zur von den Wahabiten akzeptierten hanbalitischen Rechtsschule festgelegten Zeit beten. Die Anhänger der anderen drei sunnitischen Rechtsschulen, wie auch der schiitischen Rechtsschule, werden verfolgt.

Die der Weltweiten Evangelischen Allianz verbundene weltweite christliche Rechtsanwaltsvereinigung ‚Advocates International‘, die sich weltweit für verfolgte Anhänger verschiedener Religionen einsetzt, arbeitet beispielsweise an vorderster Front in verschiedenen Parlamenten für brauchbare Gesetze zur Religionsfreiheit, die allen nutzen. Der evangelikale ‚Weltweite Gebetstag für verfolgte Christen‘ jeweils Anfang November transportiert den Gedanken der Religionsfreiheit und des friedlichen Zusammenleben der Religionen in Zigtausende Ortsgemeinden und die Herzen von Millionen Menschen weltweit. Das Motto des katholischen Märtyrertages am 2. Weihnachtstag bestätigt dasselbe: „Aber auch der aktive Einsatz für die weltweite Verwirklichung der Religionsfreiheit ist Glaubenspflicht.“

Die Kommission für Religionsfreiheit der Weltweiten Allianz hat sich mehrfach auch in Friedensgespräche zwischen anderen Religionen eingeschaltet, organisiert beispielsweise Gesprächsforen für muslimische Frauen und berichtet regelmäßig über ihr weltweites Netzwerk für Medien und Parlamentarier auch über Gewalt gegenüber Anhängern aller Religionen. Ähnliches gilt für weltweite Organisationen anderer Konfessionen. Eine solche internationale Kommission ist ja auch stark von betroffenen Christen mit besetzt, die ein sehr starkes Interesse daran haben, daß ihre Länder an sich und *alle* ihre Einwohner in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben, nicht nur die Christen. Es sind auch diese einheimischen Christen, die uns daran erinnern, daß man Religions- und Christenverfolgung nicht nur beim politischen Lieblingsgegner (oder dem großen Gegner der USA) sehen darf, wie dies jahrzehntlang der Kommunismus und seitdem der Islam war.

Ich habe als Christ ein Buch mit dem Titel „Feindbild Islam“ geschrieben. Angesichts meiner kritischen Veröffentlichungen zum Verhältnis von Islam und Menschenrechte ist da mancher erstaunt. Aber als Christ nehme ich alle vor - auch christlicher - Verleumdung in Schutz, denn auch dem Islam - oder etwa dem Kommunismus - gegenüber gilt: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten“ (Ex 20,16).

Daneben gibt es für mich einen weiteren zentralen Grund, warum sich Politiker und der Staat, den sie repräsentieren, für verfolgte Christen einsetzen sollten. Christen treten heute von wenigen Ausnahmen angesehen *konsequent für die Trennung von Kirche und Staat ein und damit für das staatliche Gewaltmonopol. Sie geben damit die Möglichkeit, sich selbst gegen Gewalt und Verfolgung zu schützen, freiwillig aus der Hand. Das kann aber nur so lange funktionieren, solange der Staat sie dann auch mit seinem Gewaltmonopol gegen andere schützt, die dieses Gewaltmonopol nicht akzeptieren*, sondern Gewalt als legitimes Mittel in religiösen Auseinandersetzungen ansehen.

4. Warum werden gerade Christen so viel verfolgt?

In der ‚Welt am Sonntag‘ kommentiert Till-R. Stoldt am 18.6.2006 die Nachricht „80 Prozent der religiös Verfolgten weltweit sind Christen. Nie wurden sie stärker verfolgt. Und nirgendwo werden sie öfter diskriminiert als in islamischen Ländern. Darauf verwiesen nun die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte und die Evangelische Weltallianz.“ wie folgt: „Kein Regime der Welt läßt sich gern beim Blutsaufen zuschauen. Meist reicht schon

die öffentliche Kritik einer westlichen Regierung, um etwa die Todesstrafe für einen Konvertiten im Iran, Afghanistan oder Nigeria abzuwenden. Doch Europas Politiker zaudern, diese Macht konsequent einzusetzen, wie Menschenrechtler beklagen. Denn: Solidarität mit Christen könnte ja kulturkämpferisch wirken. Trotzdem tut sie not, weil muslimische oder hinduistische Regierungen und Hilfsorganisationen meist nur ‚ihren‘ Leuten helfen. Diese Selektion der Hilfwürdigen zwingt den Westen, sich der ‚Unwürdigen‘ anzunehmen. Das heißt natürlich nicht, die Selektion zu kopieren. Nur sollten wir Menschenrechte künftig auch für Christen so offensiv einklagen wie etwa für muslimische Kurden, Bosnier, Kosovaren oder Häftlinge in Guantánamo. Gefolterte und bedrohte Christen hoffen auch deshalb auf Europa, weil sie vor allem in muslimischen Ländern als fünfte Kolonne des Westens verleumdet und verfolgt werden. Doch die EU-Staaten ignorieren, weit mehr als die USA, diese Verantwortung und verharren in einer Zurückhaltung, die unterlassener Hilfeleistung gleichkommt.“

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Wir wollen aber der Frage nachgehen, welches die Gründe sind, daß gerade Christen statistisch am häufigsten von Verletzungen der Religionsfreiheit betroffen sind. Die Gründe für Christenverfolgungen sind zudem oft vielschichtig und meist nicht nur religiös. So können politische, kulturelle, nationalistische, wirtschaftliche und persönliche Motive eine wichtige Rolle spielen. Dies wird bereits im Alten Testament sehr deutlich. Bei Königin Isebel vermischte sich der Haß auf Gott und seine Propheten mit Machtgelüsten, aber auch ganz persönlichen Bereicherungsversuchen (1Kön 16-19). Und in der Offenbarung des Johannes kommen zum Haß auf die Gemeinde politische und wirtschaftliche Gründe hinzu. Ein gutes Beispiel sind auch die Kunsthandwerker und Gold- und Silberschmiede in Ephesus (Apg 19,23-29), die in der Verkündigung des Paulus und ihrem Erfolg eine „Gefahr“ (V.26) für ihren „Wohlstand“ (V.25) sahen und deswegen einen Aufstand anzettelten. Auch die Inhaftierung von Paulus und Silas nach der Austreibung eines Wahrsagegeistes einer Sklavin wird durch den Ärger über den damit entfallenden Gewinn der Besitzer verursacht (Apg 16,16-24). Es muß uns immer bewußt sein, daß es keine lupenreine Christenverfolgung oder Einschränkung der religionsfreiheit gibt, sondern immer eine meist verwirrende Verschränkung mit den Problemen der jeweiligen Kultur und Gesellschaft vorliegt.

Nur: Wenn ein Anhänger einer verhaßten Religion und Träger einer verhaßten Hautfarbe gefoltert wird, darf man weder den Rassismus damit verharmlosen, es sei ja in Wirklichkeit eine religiöse Komponente im Spiel, noch umgekehrt. Rassismus und Religionshaß sind beide verabscheuungswürdig und wenn sie gleichzeitig vorkommen, müssen sie eben über beide Schienen bekämpft werden.

Trotz dieser Einschränkung nun also zurück zur Frage, warum Christen so häufig und so überdurchschnittlich häufig von Einschränkungen der Religionsfreiheit betroffen sind.

1. Das Christentum ist die mit Abstand größte Weltreligion und deswegen von Menschenrechtsverletzungen, die sich auf die Religion der Betroffenen beziehen, auch am häufigsten betroffen.

2. Das Christentum erlebt – insbesondere in seiner evangelikalischen Form – ein phänomenales Wachstum weltweit. Das bedroht zunehmend die Stellung der Mehrheitsreligion in etlichen Ländern.

Es gibt derzeit einen weltweiten zahlenmäßigen Wettlauf zwischen den beiden größten Weltreligionen Christentum und Islam, die beide zudem auf Kosten anderer Religionen wachsen.¹ Der Islam aber ist von seiner Geschichte inhaltlich immer schon gegen das

¹ Alle folgenden Zahlen nach David Barrett, George T. Kurian, Todd M. Johnson. World Christian Encyclopedia: A Comparative Survey of Churches and Religions in the Modern World. 2 Bände. Oxford University Press: New York, Oxford usw., 2001 und den Aktualisierungen im ökumensichen International Bulletin of Missionary Research, s. unter www.gordonconwell.edu/ockenga/globalchristianity/IBMR2006.pdf.

Christentum ausgerichtet gewesen, eine Konfrontation, die es so etwa mit dem Buddhismus nie gegeben hat. Und das Christentum hat sich in 1400 Jahren auf diese Herausforderung eingestellt und trägt von dorthin auch manches unbrauchbare Gepäck mit sich.

Nur die drei größten Weltreligionen wachsen derzeit schneller als die Weltbevölkerung, die mit einer Rate von 1,22% wächst. Es sind dies der Hinduismus vor allem durch Geburtenüberschuß um 1,38%, der Islam aus demselben Grund und aufgrund von wirtschaftlich-politischen Maßnahmen und aufgrund von Missionsarbeit mit 1,9% und das Christentum mit 1,25%, wobei vor allem das stark missionarisch aktive evangelikale Christentum mit einem Wachstum von enormen 2,11% die Schrumpfung des Christentums in der westlichen Welt wett macht. Zu den derzeit schätzungsweise 255 Mill. Evangelikalen kommen netto jährlich 5,4 Mill., also täglich 14.800 hinzu.

	Angehörige 2006	Wachs- tum in %	Schätzung für 2025
Weltbevölkerung	6.529.426.000	1,22	7.851.455.000
Christen	2.156.350.000	1,25	2.630.559.000
Muslime	1.339.392.000	1,9	1.861.360.000
Hindus	877.552.000	1,38	1.031.168.000
Nichtreligiöse	772.497.000	0,23	817.091.000
Chinesen	406.233.000	0,65	431.956.000
Universalisten			
Buddhisten	382.482.000	0,9	459.448.000
Stammesreligionen	257.009.000	1,21	270.210.000
Atheisten	151.628.000	0,49	151.742.000
Neue Religionen	108.794.000	0,78	122.188.000
Sikhs	25.673.000	1,48	31.985.000
Juden	15.351.000	0,92	16.895.000

Es geht hier nicht darum, dies zu begrüßen oder zu kritisieren, sondern schlicht um die Feststellung, daß das Wachstum der nichtwestlichen Christenheit weltweit Spannungen auslöst. In Afrika und Asien hat sich das Christentum seit 1970 verdreifacht. In den nichtchristlichen Ländern China, Indien und Indonesien gehen heute je für sich Sonntags wesentlich mehr Menschen in einen Gottesdienst, als im ganzen westlichen Europa zusammen.

Das führt natürlich zu Spannungen aller Art. In Indien beispielsweise haben die Christen nun über hundert Jahre den Kastenlosen Schulbildung ermöglicht. Millionen Kastenlose sind Christen geworden, da sich niemand sonst um sie kümmerte. Laut Verfassung müssen aber immer gewisse Prozentsätze an Kastenlosen in allen staatlichen Berufen und Ämtern zu finden sein. Plötzlich finden sich überall Christen in einflußreichen Stellungen weit über den Prozentsatz der Christen im Land hinaus. Solche Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

3. Während andere Religionen also nur wenig Missionserfolge aufzuweisen haben oder aber wenig missionieren, zudem oft statt oder neben friedlicher Überzeugungsarbeit politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Druck einsetzen, hat das Christentum in den letzten Jahrzehnten eine starke Entwicklung hin zum Verzicht auf Gewalt und politisch-sozialen Druck und damit hin zu inhaltlicher Überzeugungsarbeit und friedlicher Mission durchgemacht.

Nordirland führt uns vor Augen, was noch vor 400 Jahren im Christentum die Regel war und heute von Christen fassungslos beargwöhnt und verworfen wird. Inzwischen aber ist friedliche Mission und selbstloser sozialer Einsatz überwiegend das Markenzeichen des

Die Zahlen werden von anderen Forschern ähnlich angegeben. Lediglich die Zahlen zu den Evangelikalen stellen die konservativsten auf dem Markt dar – meist wird von wesentlich höheren Zahlen ausgegangen.

Christentums. Die Zahl der ausländischen vollzeitlichen christlichen Missionare wird auf 420.000 geschätzt, die Zahl der vollzeitlich für christliche Kirchen Tätige auf 5,1 Mill.

4. Länder mit einer kolonialen Vergangenheit suchen in der Wiederbelebung oder Förderung der angestammten religiösen Traditionen ihre eigene Identität und gehen zunehmend rechtlich oder/und mit Gewalt gegen ‚fremde‘ Religionen vor. In Indien besinnt man sich auf den Hinduismus gegen Islam und Christentum, in Indonesien auf den Islam gegen Christentum und Hindu-Buddhismus, in Sri Lanka und Nepal auf den Buddhismus gegen Christentum und Islam.

5. Es gibt in vielen Ländern eine zunehmende Verknüpfung von Nationalismus und Religion.

Mit Indien, Indonesien, Bangladesch und Pakistan ist dabei allein schon ein Drittel der Weltbevölkerung davon betroffen. In der Türkei hat ein Türke eigentlich Muslim zu sein, Muslime, die Christen werden, kämpfen jahrelang vor Gerichten, um ihren Eintrag im Paß geändert zu bekommen. Das Christentum ist in der Türkei wie andersorts dem Nationalismus im Weg. Es selbst hat durch einen mühsamen Weg – hoffentlich für immer – der Verknüpfung von Nationalismus und Christentum den Abschied gegeben. Ausnahmen, beispielsweise in Nordirland oder etlichen national-orthodoxen Kirchen, die die Entwicklung der anderen Konfessionen so nicht mitvollzogen haben, bestätigen die Regel im Gesamtbild.

6. Das Christentum und eine bestimmte Gruppe seiner Repräsentanten sind vielerorts laute und unbestechliche Stimmen für Menschenrechte und Demokratie geworden.

Der dem Christentum angeborene Einsatz für Schwächere und Minderheiten – der in der Geschichte nicht immer und nicht überall sehr ausgeprägt war – ist an vielen Stellen zum Markenzeichen des Christentums geworden, so daß oft Christen Zielscheibe von Menschenrechtsgegnern und Gewalt Herrschern werden, klassisch etwa in etlichen Ländern Lateinamerikas oder in Nordkorea. Zudem verfügen Christen zunehmend über weltweite Netzwerke, die auch oft gegen Menschenrechtsverletzungen aktiviert werden und weltweite Pressereaktionen auslösen können.

7. Eng damit zusammen hängt: Das Christentum gefährdet oft eingespielte Verbindungen zwischen Religion und Wirtschaft.

Die Drogenbosse in Lateinamerika, die etwa katholische Priester oder Baptistenpastoren ermorden lassen, tun dies sicher nicht, weil sie die Religion ihrer Gegner interessiert, sondern weil die Kirchenleiter sich oft als einzige für einheimische Bauern oder Stammesvölker einsetzen und den Mafiabossen im Wege stehen.

8. Die Friedlichkeit der christlichen Kirchen, die oft sogar als echter Pazifismus in Erscheinung tritt, lädt dazu ein, Gewalt auszuüben, da kein Widerstand zu befürchten ist. Weltweit haben Muslime zwar Angst vor amerikanischer Vergeltung, nicht aber vor einer Reaktion einheimischer Christen.

Schützt der Staat die Christen nicht, die aufgrund ihres Glaubens an die Trennung von Kirche und Staat dem Staat das Gewaltmonopol überlassen, werden sie zum Freiwild. Ich habe selbst etwa mit Kirchenführern in Indonesien darüber diskutiert, ob sie ihre Häuser und Familien vor den marodierenden schwerbewaffneten Banden der islamischen Jihadarmeen verteidigen sollen. Einzelne Christen haben mit Gewalt ihre Familien geschützt. Wer will sie aus dem sicheren Westen kritisieren? Doch die christlichen Kirchen haben sich schließlich auf Gewaltlosigkeit geeinigt, teilweise um einen teuren Preis. (In Indonesien geht es dabei übrigens nicht um eine reaktion auf christliche Mission, sondern um ‚christliche‘ Inseln, auf denen Christen seit Jahrhunderten unbehelligt in christlichen Siedlungen lebten und plötzlich von schwerbewaffneten Milizarmeen überfallen werden.)

9. Christen werden oft mit dem verhaßten Westen in eins gesetzt.

Zwar ist der Westen längst überwiegend nicht mehr christlich, zwar haben McWorld oder Pornografie als Feindbilder vieler mit dem Christentum eigentlich nichts zu tun, zwar sind Kirchen in der Dritten Welt heute praktisch ausnahmslos unter einheimischer Leitung und unabhängig, aber den Verdacht werden die einheimischen Christen trotzdem nicht los. Türkische Christen werden der Spionage für den CIA verdächtigt, chinesische Christen als Handlanger der USA oder des ‚westlichen‘ Papstes angesehen und trotz aller westlichen Unterstützungszahlungen gelten ‚Christen‘ in Palästina als Handlanger des Zionismus.

10. Die Internationalität des Christentums wird als Gefahr empfunden.

Daß Christen sich letztlich immer über die Staatsbürgerschaft in ihrem Land hinaus nach Paulus allen himmlischen Staatsbürgern (Phil 3,20) verbunden fühlen und die Kirche sich nach Jesus multikulturell und transnational versteht (Mt 28,18), kann ebenso als bedrohlich empfunden werden, wie die enormen internationalen personellen, ideellen und finanziellen Verflechtungen. Daß die christliche Theologie längst internationalisiert wurde und christliche Theologen und Theologinnen mit ihresgleichen aus allen Völkern im Gespräch sind, wird von Christen als Bereicherung, von Nichtchristen aber oft als unkalkulierbarer Machtfaktor gesehen.

Das niemand die Millionen in Hauskirchen organisierten Evangelikalen in China steuert, ja daß sie – leider – oft in viele zerstrittene Richtungen auseinanderfallen, will und ‚kann‘ die chinesische Regierung nicht glauben. Daß der Papst in China sowieso nur einheimische Bischöfe ernannt und sich nicht in die politischen Angelegenheiten Chinas einmischen will – in Polen hat er gerade einen allzu politischen katholischen Radiosender verboten -, will und ‚kann‘ die chinesische Regierung nicht glauben. Eine chinesische katholische Kirche ja, eine dem Papst unterstellte nein.

Die chinesische Regierung hat Panik davor, irgendeine einflußreiche Organisation im Land könnte aus dem Ausland ferngesteuert sein. Das hat China mit vielen Ländern der Erde gemeinsam. Hier kann es übrigens sehr sinnvoll sein, wenn Politiker vermitteln, daß sich asiatische Kirchenführer mit chinesischen Politikern und Parteileuten treffen, die ihnen vermitteln, daß die großen asiatischen Kirchen etwa in Indien nicht aus dem Westen ferngesteuert werden, sondern ganz unter einheimischer Leitung stehen. Im ersten Moment gibt es ungläubiges Staunen, anschließend folgt großes Interesse.

Es sei durchaus kritisch angemerkt, daß manches amerikanische christliche Missionswerk und gelegentlich auch solche aus anderen Ländern, in seinem Auftreten den Eindruck erweckt, als gäbe es von den USA ausgehende weltweite christliche Eroberungsstrategien. Daß das amerikanische christliche Fernsehen sprachlich und technisch die ganze Welt erreicht, kann hier verheerende Wirkung haben. Wenn man zum Beispiel Missionsveranstaltungen wie früher üblich weiter ‚crusade‘ (‚Kreuzzug‘) nennt, darf man sich nicht wundern, daß viele diesen Begriff wörtlich nehmen.

5. Religionswechsel als Religionsfreiheit

Die klassische Definition der Religionsfreiheit steht in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen:

- * *Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens-, und Religionsfreiheit.*
- * *Dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln,*
- * *sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen öffentlich und privat durch Unterricht, Ausübung, Gottesdienst und Beobachtung religiöser Bräuche zu bekunden.*

Was beinhaltet Religionsfreiheit demnach? Religionsfreiheit beinhaltet interessanterweise als erstes das Recht, seine Religion und Weltanschauung wechseln zu dürfen! Das muß heute deutlich gesagt werden, da der Religionswechsel, den sich in der Regel ja keiner leicht macht, in der westlichen Öffentlichkeit oft als unnötiger Anlaß für Schwierigkeiten angesehen wird. Doch Religionswechsel war die Urgestalt der Religionsfreiheit. Warum? Das war die

Urerfahrung der Europäer und der Europäer, die nach Amerika ausgewandert sind, daß, wenn ein Katholik Protestant wurde, er im besten Falle sein Land verlassen mußte und umgekehrt natürlich auch. Der innerchristliche Religionswechsel aus innerer Überzeugung ist die Urzelle, ist der Ursprung der Frage der Religionsfreiheit gewesen: Was mache ich, wenn ich aus innerlicher Überzeugung nicht mehr zu dem stehe, was mir angeboren und anerzogen wurde?

Ich habe das oft mit Journalisten oder anderen, die sich gegen Missionsarbeit wenden, diskutiert. Sie sagen etwa: „Man darf sich doch nicht wundern, daß es Ärger gibt, wenn im Iran Muslime Christen werden. Laßt die Iraner doch einfach in Frieden“. Dann sage ich ihnen regelmäßig: „Es sind ja im Iran längst nicht mehr westliche Missionare, sondern Einheimische, die missionieren, und Einheimische, die aus welchen Gründen auch immer den Islam verlassen und Bahai oder Christen werden. Wer will dort hinreisen und ihnen das verbieten?“ Und 2.: „Dann bin ich auch dafür, daß wir in unser Strafgesetzbuch wieder hineinschreiben: Wer aus der Kirche austritt, verliert seinen Arbeitsplatz und muß sonst mit bürgerlichen Konsequenzen rechnen.“ Das war früher nun einmal so. Religionszugehörigkeit und bürgerliche Existenz waren eng miteinander verquickt. Wer früher Zeuge Jehovas wurde, für den hatte das eine Menge bürgerliche Konsequenzen.

Religionsfreiheit in unserem Land bedeutet, daß wir glücklicherweise die Religionszugehörigkeit und den bürgerlichen Status mehr und mehr voneinander abgekoppelt haben und jemand heute auf dem Marktplatz stehen und irgendetwas Religiöses (oder Politisches) propagieren kann, und der Arbeitgeber, der vorbeikommt, ihm deswegen nicht kündigen darf. Das nützt Christen wie Atheisten, Muslimen wie Anthroposophen und genau dies ist die Urzelle der Frage der Religionsfreiheit gewesen.

Die Frage des Religionswechsels ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als erstes festgeschrieben worden und in sofern ist die Frage, ob ein Iraner Bahai oder Christ werden darf, eine ureigenste Frage der Religionsfreiheit. Wo Religionswechsel nicht möglich ist, gibt es keine Religionsfreiheit.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte steht des weiteren, daß man nicht nur die Religion oder Weltanschauung wechseln darf, sondern daß man sie alleine und in Gemeinschaft mit anderen ausüben darf und nicht zuletzt ist davon die Rede, daß man durch Unterricht und Gottesdienst die Religion verbreiten darf.

Der Gedanke, Religionsfreiheit wäre technisch durchführbar, indem jeder die Religion, mit der er aufgewachsen ist, behält und nicht mit Anhängern anderer Religionen spricht, ist völlig illusorisch. Im Übrigen wäre dies ein verordneter Religionszwang, den kein erwachsener Deutscher für sich akzeptieren würde.

Jede Religionsgemeinschaft braucht entweder Überzeugungen oder irgendeinen Druck und Zwang, um ihre Anhänger zu behalten. Jeder, der Kinder hat, weiß das. Entweder vermittelt man Überzeugungen, warum sie bei der eigenen Religion bleiben sollen, oder man hat irgendeinen gesellschaftlichen Druck aufgebaut, der dafür sorgt, daß sie nicht wechseln wollen oder können. Sie können das bei Stammesreligionen ebenso beobachten, wie in hochindustrialisierten, säkularen Gesellschaften. Eine unabänderliche, stabile und einheitliche religiöse Kultur ist nur durch Zwang möglich. Wenn die nächste Generation keine Möglichkeit hat, eine eigene Entscheidung zu fällen, was sie glauben will, sondern bedroht wird, wenn sie aus der Reihe tanzt, sind eben die Menschenrechte außer Kraft gesetzt.

6. Friedliche Mission als Religionsfreiheit

Friedliche Mission ist als Menschenrecht doppelt verankert. Das Menschenrecht auf Mission ergibt sich aus dem Recht auf freie Meinungsäußerung. Das ist im deutschen Grundgesetz ebenso verankert wie in der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten

Nationen von 1948. Mission ist nichts anderes als freie Meinungsäußerung. So wie Parteien, Umweltbewegungen, aber auch die Werbung und die Medien ihre Sicht der Dinge frei in einem Land veröffentlichen dürfen und versuchen Menschen zu überzeugen, so gilt das auch für die Religionen.

In Deutschland gilt außerdem nach geltendem Recht ebenso wie im weltweiten Menschenrechtsstandard friedliche Missionsarbeit als ein Teil der Religionsfreiheit. Die Juristin Gabriele Martina Liegmann definiert das so: „Die religiöse Bekenntnisfreiheit betrifft primär die Kategorie des Redens und Verkündens von Glaubensinhalten, gewährleistet also das Recht die individuelle religiöse Überzeugung der Mitwelt kundzutun, sie überall in der Öffentlichkeit zu vertreten.“ - „Von der Bekenntnisfreiheit umfaßt wird insbesondere die Missionsfreiheit, mit der Komponente der Werbung für den eigenen Glauben und die Abwerbung von einem anderen Glauben.“

So heißt es in der 'Erklärung über die Beseitigung aller Formen der Intoleranz und Diskriminierung aufgrund von Religion und der Überzeugung' (Resolution 36/55 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 25.11.1981) in Artikel 7, Absatz d, daß die Religionsfreiheit das Recht umfaßt „auf diesen Gebieten einschlägige Publikationen zu verfassen, herauszugeben und zu verbreiten“.

Freie Religionsausübung bedeutet nicht nur, heimlich im stillen Kämmerlein zu beten, sondern auch, sich der breiten Öffentlichkeit mit seinem Glauben zu präsentieren und dafür zu werben. Gottfried Küenzlen schreibt dazu: Religionsfreiheit „ist eben nicht nur 'negative Religionsfreiheit', deren Kern darin besteht, dass kein Bürger zu einem religiösen Bekenntnis oder einer Mitgliedschaft in einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft gezwungen werden kann. Sie ist vielmehr auch eine 'positive Religionsfreiheit', wie dies in der verfassungsrechtlichen Literatur immer wieder unterstrichen wird. Die positive Religionsfreiheit besteht darin, gerade wegen des Religionsneutralitätsgebotes des Staates, 'den Staatsbürgern die Möglichkeit (zu erhalten), ihren religiös-weltanschaulichen Überzeugungen auch im öffentlichen Leben soweit wie möglich Geltung zu verschaffen'. Der säkulare Staat verhält sich insofern zur Religion zwar neutral, aber nicht indifferent, ein Befund, den Paul Mikat, einen Kommentar des vormaligen Verfassungsrichters Roman Herzog aufnehmend, zusammenfasst: Das Grundrecht Religionsfreiheit 'berücksichtigt 'das Bedürfnis des Menschen nach weltanschaulicher Orientierung und Ausrichtung seines Lebens', woraus R. Herzog den bedenkenswerten Schluß zieht, daß der freiheitlich-demokratische, am Fundamentalprinzip der Menschenwürde orientierte Staat schon aufgrund der rechtlichen Anerkennung dieses Bedürfnisses darin gehindert sei, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, zu deren wichtigsten Funktionen die Befriedigung dieses grundlegenden anthropologischen Verlangens als Essentiale gehört, insgesamt indifferent oder gar ablehnend gegenüber zu stehen'. Dazuhin ist festzuhalten, dass solche 'positive Religionsfreiheit' nicht nur ein Individualrecht bezeichnet, vielmehr auch - wie aus entsprechenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes hervorgeht - korporative Geltung besitzt, sich also ausdrücklich auch auf die Religionsgemeinschaften und ihre öffentlichen Wirkungsmöglichkeiten bezieht. Religionsfreiheit ist also das Recht zur öffentlichen Proklamation, zur gesellschaftlichen Aktion und zu ungehinderter Mission.“

Wer gegen christliche Mission ist, muß zudem auch - da sind manche islamischen Länder durchaus konsequent - jeden christlichen Gottesdienst verbieten, denn jeder Gottesdienst ist nach christlichem Selbstverständnis eine Einladung, Gottes Gnade anzunehmen. Er müßte auch jede christliche Erziehung im Elternhaus und in Jugendzentren ablehnen - das wußten die russischen Kommunisten nur zu gut.

Zugegeben, es hat in der Geschichte auch sogenannte ‚Mission‘ als Begründung für Gewalt und Unterdrückung gegeben. Kreuzzüge und Kolonialismus fallen uns ein, von christlicher wie von islamischer Seite. Aber hier ist nicht das Problem die öffentliche Propagierung der eigenen Anschauung, sondern die damit einhergehende Unterdrückung von Menschenrechten. Dann aber ist das Problem die Gewalt und der Begriff 'Mission' ist sicher

fehl am Platz. Wir dürfen darüber aber nicht vergessen, daß der überwiegende Teil der Begegnung etwa zwischen Christentum und Islam friedlich im Rahmen von Mission und von intellektuellem und kulturellem Austausch stattgefunden hat.

Ich möchte es in aller Kürze einmal so formulieren: *Die Alternative wird in Zukunft nicht sein, ob wir alle Staaten und Religionen dafür gewinnen können, ganz darauf zu verzichten, andere Menschen für ihre Religion zu gewinnen, also ob es uns gelingt im Sinne areligiöser Menschen ganz auf Mission zu verzichten – als würde der Atheismus nicht ebenso missionarisch weltweit verbreitet. Die Alternative wird sein, ob wir alle Staaten und Religionen dafür gewinnen können, friedliche Missionsarbeit untereinander zu ermöglichen, und dafür auf jeden gewaltmäßigen oder gesellschaftlichen Druck zu verzichten, oder ob die Ausbreitung und Sicherung der Religionen statt durch Mission durch Gewalt geschieht.*

7. Öffentliche Religion als Religionsfreiheit

Das Thema Religionsfreiheit scheint im ersten Moment, wenn man über Menschenrechte spricht, ein sehr einfaches Thema zu sein, weil wir sehr stark die Vorstellung haben, daß Religion Privatsache ist. Dies gilt zumindest für die westliche Welt. Religionsfreiheit ist gut, also soll doch jeder privat seiner Religion huldigen. Da die meisten Religionen ihren offiziellen Glauben in irgendwelchen Häusern praktizieren, sollen die Religionen doch in Kirchen oder Moscheen machen, was sie wollen und was sie in ihren vier Wänden machen, geht niemanden etwas an.

Das ist natürlich fern der Realität. Religion findet in der Öffentlichkeit statt, das religiöse Denken der Menschen beeinflußt ihr öffentliches Handeln, und erhebliche Teile der Strukturen unserer Gesellschaft und Kultur gehen auf religiöse Überzeugungen und Grundlagen zurück.

Unter all den Menschenrechten, die es so gibt, gehört das Recht der Religionsfreiheit zu denen, die am schwierigsten zu konkretisieren und in konkrete Gesetze und Kompromisse zu gießen ist. Warum? Weil man Religion nicht auf einen bestimmten Bereich eingrenzen kann, sondern sie über die ihr anhängenden Menschen in alle Bereiche des öffentlichen Lebens wie Familie und Sexualität, Medien, Schule oder Kunst hineinreicht. Schon die Frage, was Religion eigentlich ist, beantwortet jede Religion und Kultur anders, wofür im Leben sie zuständig ist, erst recht.

Der Religionswechsel beispielsweise hat in jedem Land, in jeder Kultur der Erde eine ganz eigene Dynamik. Wir wissen es aus der Geschichte: Religionswechsel und Weltanschauungswechsel finden nicht einfach im Wohnzimmer statt, sondern die Weltanschauung in den Köpfen der Menschen gestaltet am Ende die Gesellschaft. Das gilt für den Marxismus und das Christentum ebenso wie heute in Deutschland, wo vieles bunt durcheinander vorhanden ist. Wer Religionsfreiheit völlig privatisieren will, dem müßte es irgendwie gelingen, daß Menschen ihre grundlegendsten Überzeugungen ganz allein im Kopf für sich behalten und weder in ihrem Leben, noch in der Öffentlichkeit in die Praxis umsetzen wollen. Sexualethik, Familie und Erziehung, Arbeitsmoral, Recht und Gerechtigkeit hängen sehr eng mit grundlegenden religiösen und weltanschaulichen Vorstellungen zusammen.

Und selbst wenn sich hier noch überall gültige Vorgaben finden ließen: Richtig kompliziert wird es, wenn man bedenkt, daß mit der Religionsfreiheit die ganze Frage des Verhältnisses von Religion und Staat zusammenhängt, die uns seit Jahrtausenden in Atem hält. Weltgeschichte und auch Kirchengeschichte lehren uns, daß dies eine der kompliziertesten Fragen überhaupt ist, sowohl grundsätzlich, als auch in ihren konkreten Anwendungen. Wie verhalten sich Kirche und Staat, Religion und Politik? *Wenn man beide zu sehr auseinanderreißt und gegeneinander stellt, geht die Religionsfreiheit ebenso verloren, wie wenn man sie zu eng miteinander verknüpft. Wenn Religion und Staat zu nahe aneinander rücken, bedeutet das immer, daß eine bestimmte Religionsrichtung den Staat beherrscht und*

ihn benutzt, um Andersdenkende zu bedrücken. Wenn Religion und Staat aber zu sehr gegeneinander stehen, führt das praktisch immer ebenfalls zu einer Bedrückung einer oder aller Religion.

Das heutige Jubiläum der Augsburger Konfession von 1530 erinnert uns daran, daß Deutschland zur Beantwortung dieser Frage einen weiten steinigen Weg gegangen ist, aber für die Gegenwart einen recht glücklichen Ausgleich gefunden hat. Deutsche Politiker sollten deswegen vermehrt den Mut haben, den Gedanken der Religionsfreiheit zugunsten aller Menschen, Theisten wie Atheisten, weltweit zu fördern.